



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Freiheit, Weltoffenheit, Wachstum – für eine erfolgreiche EU

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der EU-Wahl 2019

Haushalt

Beschluss des VhU-Präsidiums
3. April 2019



14. Haushalt

Fokus auf Wachstum, Innovation, Zusammenhalt und äußere Stärke

EU hat genug Geld

Die EU-Kommission hat 2018 Vorschläge für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2021-2027 vorgelegt: Vorgesehen sind 1.135 Mrd. Euro bzw. 1,115 Prozent des Bruttonationaleinkommens der zukünftig 27 Mitgliedstaaten. Dies entspricht etwa 160 Mrd. Euro pro Jahr. Es liegt etwas unter dem Niveau, das die EU ohne das Vereinigte Königreich bisher zur Verfügung hätte. Dieser Finanzrahmen reicht aus.

Keine neuen Eigenmittel

Neue EU-Eigenmittel sind abzulehnen da sie die europäischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb zusätzlich belasteten. Die EU und das EU-Parlament sollten weiterhin kein eigenständiges Recht zur Einnahmenerzielung durch Steuern oder Abgaben erhalten. Dies muss den Mitgliedstaaten und in Deutschland Bund, Ländern und Gemeinden vorbehalten bleiben. Anderenfalls wären eine weitere Erhöhung der Staatsquote und insbesondere eine Mehrbelastung der Unternehmen und Bürger in Deutschland zu befürchten.

Haushaltsstruktur verändern

Der Wandel der Struktur des EU-Haushalts ist zu beschleunigen. Nötig sind zum einen relativ mehr Investitionsausgaben für Wachstum und Innovation. Zum anderen sind höhere nicht-investive Ausgaben für aktuelle Erfordernisse in der Außen- und Sicherheitspolitik und zur Migrationsbewältigung erforderlich. Diesen Aufgaben muss neben klassischen Politikfeldern wie der Gemeinsamen Agrar- und der Regionalpolitik ein größeres Gewicht zukommen.

Ausgabenverdopplung für Forschung & Entwicklung sowie für neue Technologien

Die Förderung von F&E sowie neuer Technologien muss aufgestockt werden: Das Programm für Forschung und Entwicklung sollte für 2021-2027 auf 160 Mrd. Euro verdoppelt werden. Vorgesehen ist nur eine Aufstockung auf 91 Mrd. für Horizon Europe, EURATOM und andere Innovationsmaßnahmen. Das reicht nicht aus, um auf die Förderprogramme der öffentlichen Hand in China, USA oder Japan für neue Technologien wie KI zu antworten.

Mehr Investitionen in Infrastruktur

Die EU muss auch deutlich mehr in grenzüberschreitende Infrastrukturen investieren. Transeuropäische Energie-, Verkehrs- und Breitbandnetze sind Grundlagen für funktionierende europäische Wertschöpfungsketten. Allein der Investitionsbedarf in Stromnetze von transeuropäischer Relevanz bis 2030 beträgt laut EU-Kommission 125 bis 148 Mrd. Euro.

Regionalpolitik effizienter und auf Wachstum ausrichten

Reiche Mitgliedstaaten fördern als Nettozahler das Wachstum in ärmeren Regionen. Das ist angesichts hoher Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen der Regionen gerechtfertigt. Der MFR-Vorschlag sieht für Kohäsionspolitik 391 Mrd. Euro vor – hier sind moderate Kürzungen angemessen. Den Mitteleinsatz mit 75 Prozent auf die ärmsten Regionen zu fokussieren, ist richtig. Er muss stärker auf Wachstum, Infrastruktur, Investitionen und Qualifikation ausgerichtet werden. Die Kohäsionspolitik muss administrativ vereinfacht werden